Streikrecht in BRD

[Buscar actualizaciones]

|  |  |
| --- | --- |
|  | Die Seiten [Arbeitskampfrecht (Deutschland)](http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitskampfrecht_%28Deutschland%29) und [Streik#Streikrecht in Deutschland](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#Streikrecht_in_Deutschland) überschneiden sich thematisch. Hilf mit, die Artikel besser voneinander abzugrenzen oder zu vereinigen (→ [Anleitung](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia%3ARedundanz#Redundanzen_beseitigen)). Beteilige dich dazu an der[betreffenden Redundanzdiskussion](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia%3ARedundanz/September_2010#Arbeitskampfrecht_.28Deutschland.29_-_Streik.23Streikrecht_in_Deutschland). Bitte entferne diesen Baustein erst nach vollständiger Abarbeitung der Redundanz und vergiss nicht, den betreffenden Eintrag auf der Redundanzdiskussionsseite mit {{[Erledigt](http://de.wikipedia.org/wiki/Vorlage%3AErledigt)|1=~~~~}} zu markieren. [.Mag](http://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer%3A.Mag)14:45, 4. Sep. 2010 (CEST) |

In Deutschland gibt es kein eigenes Gesetz, das ein Streikrecht erlaubt, sondern es ergibt sich aus der Koalitions- und Vereinsfreiheit, die im Grundgesetz in [Art. 9](http://bundesrecht.juris.de/gg/art_9.html) Abs. 3 GG festgelegt ist. Ein Streik kann nach Scheitern der Tarifverhandlungen und – falls vorher vereinbart – des Schlichtungsverfahren durch die Gewerkschaften eingeleitet werden.[[25]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-25) Darüber hinaus wurden die Bestimmungen des Streikrechtes durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes erweitert, so wurde festgelegt, dass der Streik ebenso wie der Warnstreik ein rechtmäßiges Mittel zur Durchsetzung der Tarifforderung der Arbeitnehmer ist.[[26]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-26) Dabei darf sich jeder Arbeitnehmer, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, an einem (Warn-)Streik beteiligen und die Teilnahme stellt keine Verletzung des Arbeitsvertrags dar, daher sind Maßregelungen durch den Unternehmer verboten und Streikenden darf weder während des Streiks noch danach wegen der Streikteilnahme gekündigt werden. Auch Auszubildende dürfen für sie betreffende Tarifforderungen streiken.[[27]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-27) Während des Streiks ruht das Arbeitsverhältnis, die Beschäftigten brauchen keine Arbeitsleistungen zu erbringen, aber es besteht für die Dauer des Streiks auch kein Anspruch auf Arbeitsentgelt, auch nicht auf Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit. Der Arbeitgeber darf Streikende nicht wegen der (Warn-)Streikteilnahme benachteiligen. Gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer erhalten von den Gewerkschaften für die Dauer der Streikteilnahme eine Streikunterstützung, die abhängig von der Mitgliedschaft pro Streiktag das 2,2- bis 2,5-Fache ihres monatlichen Mitgliedsbeitrags beträgt (ver.di).[[28]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-28)

Arbeitnehmer sind nicht zum Streikbruch oder direkter Streikarbeit verpflichtet, sie sind berechtigt diese Arbeit zu verweigern, da die Ablehnung direkter Streikarbeit keine unberechtigte Arbeitsverweigerung ist und nicht zum Verlust des Arbeitsentgeltanspruchs führt – zumindest nicht, wenn die eigentlich geschuldete Arbeitsleistung trotz des Streiks erbracht werden kann.[[29]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-29) Ähnliches gilt auch für Leiharbeiter, die in bestreikten Betrieb ein Leistungsverweigerungsrecht nach [§ 11](http://www.gesetze-im-internet.de/a_g/__11.html) Abs. 5 [Arbeitnehmerüberlassungsgesetz](http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitnehmer%C3%BCberlassungsgesetz) geltend machen können, das heißt alle Beschäftigten die von einer Arbeitnehmerverleihfirma gewerbsmäßig anderen Unternehmen zur Arbeitsleistung überlassen werden, brauchen nicht als Streikbrecher in einem bestreikten Betrieb arbeiten. Ihnen darf dadurch kein Nachteil entstehen und ihr Lohn muss von der Verleihfirma weiter gezahlt werden.

Während des Arbeitskampfs kann es dazu kommen, dass der Arbeitgeber die Arbeitnehmer aussperrt. Dabei darf nicht zwischen Streikenden und Streikbrecher unterschieden werden. Die Rechtsprechung hat die Aussperrung beschränkt, sie muss dem Ausmaß des Arbeitskampfes angemessen sein.

Die Debatte um politische Streiks [[Bearbeiten](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Streik&action=edit&section=11)]

In der Geschichte ist es kaum möglich "politische" und "ökonomische" Streiks vollkommen zu trennen - von der 1848er Revolution an waren Arbeitsniederlegungen immer wieder verbunden mit im weiteren Sinne politischen Forderungen, die über Lohnerhöhungen hinausgingen. Sie reichten von demokratischem Wahlrecht über sozialpolitische Maßnahmen bis hin zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Politische Streiks in Diktaturen oder gegen [Staatsstreiche](http://de.wikipedia.org/wiki/Putsch) gegen bestehende Demokratien können zur Entwicklung demokratischer Verhältnisse oder zum Erhalt der Demokratie beigetragen: So trug der im Namen von Reichspräsident [Friedrich Ebert](http://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Ebert) ausgerufenene [Generalstreik](http://de.wikipedia.org/wiki/Generalstreik) nach dem[Kapp-Putsch](http://de.wikipedia.org/wiki/Kapp-Putsch) 1920 (der sich gegen die demokratisch gewählte Regierung von [SPD](http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdemokratische_Partei_Deutschlands), [Zentrum](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Zentrumspartei) und [DDP](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Partei) unter [Gustav Bauer](http://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Bauer) (SPD) richtete) zur Niederschlagung des Putsches und zur Verteidigung der noch jungen demokratischen Verfassung bei. Die [August-Streiks 1980 in Polen](http://de.wikipedia.org/wiki/August-Streiks_1980_in_Polen)führten mit dem [Augustabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Augustabkommen) zu einer Anerkennung einer Opposition im [Sozialismus](http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus).

Doch obwohl auch in Deutschland immer wieder Streiks mit solchen politischen Zielsetzungen verbunden wurden, ist diese Form des "politischen Streiks" stets umstritten gewesen. Einerseits gab es innerhalb der Arbeiterbewegung Debatten um die Wirksamkeit von "[Massenstreiks](http://de.wikipedia.org/wiki/Massenstreikdebatte)", andererseits argumentierten Unternehmer und Staatsvertreter stets, dass Streiks entweder an sich illegitim seien oder doch zumindest auf ökonomische Ziele begrenzt werden müssten. Nachdem der letzte große politische Generalstreik in Westdeutschland 1948 zur Herausbildung einer "sozialen Marktwirtschaft" geführt hatte, kam es noch einmal 1952 zu Proteststreiks gegen die bevorstehende parlamentarische Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes, die auf eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung zielten, jedoch weitgehend scheiterten. Erst infolge dieses Scheiterns wurde in Deutschland die Ansicht von der Illegitimität politischer Streiks durchgesetzt.[[30]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-30)

|  |  |
| --- | --- |
|  | Dieser Artikel oder nachfolgende Abschnitt ist nicht hinreichend mit [Belegen](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia%3ABelege) (beispielsweise [Einzelnachweisen](http://de.wikipedia.org/wiki/Hilfe%3AEinzelnachweise)) ausgestattet. Die fraglichen Angaben werden daher möglicherweise demnächst entfernt. Bitte hilf der Wikipedia, indem du die Angaben recherchierst und gute Belege einfügst. Näheres ist eventuell auf der [Diskussionsseite](http://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion%3AStreik) oder in der Versionsgeschichte angegeben. Bitte entferne zuletzt diese Warnmarkierung.*Die Begründung des Verbots wird zwar erklärt, aber nicht die Quelle bzw. wer so argumentiert. Stattdessen wird sie einfach im Konjunktiv wiedergegeben. Es wird auch nicht dargelegt, warum die Argumentation angeblich "Common Sense" sein soll.--*[*CedricBLN*](http://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer%3ACedricBLN)*(*[*Diskussion*](http://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer_Diskussion%3ACedricBLN)*) 16:16, 14. Nov. 2012 (CET)* |

Im Rahmen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung stehen kurze politische Demonstrationsstreiks jedoch nicht unter strafrechtlicher Sanktion wegen Nötigung eines Verfassungsorgans, sie können aber wegen Verletzung arbeitsvertraglicher Leistungspflicht einen zivilrechtlichen Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers nach sich ziehen. Begründet wird das Verbot politischer Kampfstreiks damit, dass in einer [repräsentativen Demokratie](http://de.wikipedia.org/wiki/Repr%C3%A4sentative_Demokratie#Parlamentarische_Demokratie) die politische Willensentscheidung durch die dafür vorgesehenen Organe in dem verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahren frei von Zwängen zu treffen sei. Aus diesem Grund schütze das Grundgesetz in [Art. 9](http://bundesrecht.juris.de/gg/art_9.html) Abs. 3 GG explizit Arbeitskämpfe, die „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ geführt werden. Auch widerspräche es dem[Demokratieprinzip](http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie), wenn die Gewerkschaften per Streik politische Forderungen durchsetzen könnten, die von einer Mehrheit des Parlamentes nicht geteilt werden.

Diese Interpretation ist jedoch durchaus umstritten und wurde insbesondere in den letzten Jahren wieder in Frage gestellt. Neben der[Gewerkschaft ver.di](http://de.wikipedia.org/wiki/Vereinte_Dienstleistungsgewerkschaft) fordert von den im [Deutschen Bundestag](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Bundestag) vertretenen Parteien die [Die Linke](http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Linke) ein politisches Streikrecht.

In Frankreich und Italien ist der Streik dagegen organisationsunabhängig als individuelles Recht von der Verfassung garantiert und anerkannter Ausdruck der politischen Willensäußerung auch gegen Parlament und Regierung. Politische Streiks sind hier nicht nur legal, sondern kommen auch regelmäßig als Mittel politischer Auseinandersetzung zum tragen: Die Pariser [Mai-Unruhen](http://de.wikipedia.org/wiki/Mai-Unruhen) von 1968 und der anschließende Generalstreik führten zu [Neuwahlen](http://de.wikipedia.org/wiki/Neuwahlen), [Lohnerhöhungen](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Lohnerh%C3%B6hung&action=edit&redlink=1) und einer [Hochschulreform](http://de.wikipedia.org/wiki/Hochschulreform) in [Frankreich](http://de.wikipedia.org/wiki/Frankreich). Auch in jüngster Zeit kam es mehrfach zu Generalstreiks.

Streikrecht für Beamte [[Bearbeiten](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Streik&action=edit&section=12)]

In vielen Staaten haben auch Beamte ein Streikrecht. In Deutschland wird Beamten nach herrschender Meinung kein Streikrecht zuerkannt.[[31]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik%22%20%5Cl%20%22cite_note-31)Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist das Streikverbot gesetzlich geregelt, im Saarland sogar in der Verfassung.[[32]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-32) Demgegenüber stellt die[hessische Verfassung](http://de.wikipedia.org/wiki/Verfassung_des_Landes_Hessen) die Beamten mit Arbeitern und Angestellten im Streikrecht gleich.[[33]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-33) Jedoch gilt auch hier das Prinzip [Bundesrecht bricht Landesrecht](http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesrecht_bricht_Landesrecht) ([Art. 31](http://bundesrecht.juris.de/gg/art_31.html) GG). Ansonsten wird das Streikverbot als ein vom [Grundgesetz](http://de.wikipedia.org/wiki/Grundgesetz) geschützter hergebrachter Grundsatz des Beamtentums angesehen ([Art. 33](http://bundesrecht.juris.de/gg/art_33.html) Abs. 5 GG). Dieses Streikverbot gilt aber nicht unbegrenzt. So ist es unzulässig, Beamte als[Streikbrecher](http://de.wikipedia.org/wiki/Streikbrecher) einzusetzen.[[34]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-34)

Der [Europäische Gerichtshof für Menschenrechte](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Gerichtshof_f%C3%BCr_Menschenrechte) hat türkischen Beamten jedoch jüngst sowohl das Recht, sich einer Gewerkschaft anzuschließen und Tarifverträge abzuschließen,[[35]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-35) als auch grundsätzlich das Streikrecht[[36]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-36) zugebilligt. [Art. 11](http://dejure.org/gesetze/MRK/11.html) der [Europäischen Menschenrechtskonvention](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention) schütze das Recht auf Tarifverhandlungen und das Streikrecht.[[37]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-37) Welche Schlüsse für das deutsche Recht daraus zu ziehen sind, ist völlig ungeklärt; erst ein entsprechendes Urteil gegen die Bundesrepublik würde darüber Klarheit schaffen.

Unter Berufung auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wonach die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen bestimmte Beamtengruppen, insbesondere Lehrer, wegen Teilnahme an Streiks gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Koalitionsfreiheit verstößt, haben einzelne Gerichte in erster Instanz Lehrern Recht gegeben, die an Streiks teilgenommen hatten und dafür disziplinarisch belangt worden waren (die Urteile sind nicht rechtskräftig).[[38]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-38) Das Verwaltungsgericht Bremen hat dagegen einen disziplinarechtlichen Verweis gegen mehrere beamtete Lehrer, die sich an einem Warnstreik beteiligt hatten, für rechtmäßig erachtet[[39]](http://de.wikipedia.org/wiki/Streik#cite_note-39)

Streiks außerhalb des Arbeitslebens [[Bearbeiten](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Streik&action=edit&section=13)]

Bei Streiks außerhalb des Arbeitslebens handelt es sich um Protest- und Boykottformen, die den Begriff Streik im übertragenen Sinne benutzen. Nicht die kollektive Vorenthaltung vertraglich vereinbarter Arbeitsleistungen, sondern die gezielte Verweigerung an üblichen Abläufen oder Geschehnissen teilzunehmen beziehungsweise ihre bewusste Verhinderung, ist das Kampfmittel, mit dem die Beteiligten bestimmte Forderungen deutlich machen oder ihnen Nachdruck verleihen wollen. So werden bei [Studentenprotesten](http://de.wikipedia.org/wiki/Studentenprotest) häufig der Betrieb der Universität und die Lehrveranstaltungen bestreikt. Einen [Konsum](http://de.wikipedia.org/wiki/Konsum)-Streik stellen der [Boykott](http://de.wikipedia.org/wiki/Boykott) und der [Kauf-Nix-Tag](http://de.wikipedia.org/wiki/Kauf-Nix-Tag) dar. Im [Gebärstreik](http://de.wikipedia.org/wiki/Geb%C3%A4rstreik) wird die Verweigerung des Zeugens und Gebärens als politisches Druckmittel eingesetzt. Auch der [Hungerstreik](http://de.wikipedia.org/wiki/Hungerstreik) gehört in politischer Hinsicht in diese Kategorie, wie auch der [Ärztestreik](http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84rztestreik) in gesundheitspolitischer.